

Aufwärts

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.30 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.85 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile über deren Raum 10 Pfennig.
Bekannt 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 200.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 27. August 1930.

12. Jahrgang.

Was die Welt wirklich
vom Fleck gebracht —
hat immer nur Einer —
für sich gemacht!

Caesar Flaischlen.

Umwälzung der britischen Wirtschaftspolitik.

Schon vor einigen Monaten begann der Feldzug Lord Beaverbrooks für Freihandel innerhalb des britischen Imperiums (Empire Free Trade). Es ist damit gemeint, daß das britische Weltreich mit seinen sämtlichen Dominions und Kolonien zu einem gewaltigen Wirtschaftsverband zusammengefaßt werden soll. Innerhalb dieses Verbandes soll der Austausch der Güter im Freihandel geschehen. Allgemein gesprochen würden also die Kolonien die Rohstoffe liefern und das Heimatland die industriellen Produkte. Gleichzeitig müßte dann dieses Gebiet durch hohe Zölle von der übrigen Weltwirtschaft abgeschlossen werden, so daß der Handel des Auslandes mit Großbritannien erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde. Der Gedanke Lord B.'s bedeutet eine solche Umwälzung der bisherigen Freihandelspolitik Englands, daß er anfänglich selbst drüben verspottet wurde. Inzwischen hat sich aber eine bedeutende Veränderung der Stimmung gegenüber diesem Plan angebahnt. Vor allem die Arbeitslosigkeit, aber auch Briand's Plan eines europäischen Wirtschaftsverbandes haben zu dieser Veränderung beigetragen. Besonders bedeutsam ist, daß die Vereinigung der Gewerkschaften (Trade Union) und ebenso die Vereinigung der Banken sich nunmehr offen auf die Seite dieses Gedankens gestellt haben. Charakteristisch ist das Manifest der Banken. Es heißt darin: „Dringende Maßnahmen für die Förderung des Handels innerhalb des Imperiums sind nötig, um den Markt für britische Produkte sowohl im Innen- als im Außenhandel zu sichern und auszubreiten. Großbritannien hat inzwischen bittere Erfahrungen hinter sich. Der Rückgang des Handels mit dem europäischen Festland ist während der letzten vier Jahre nicht geringer, sondern größer geworden. Dagegen hat der Verkauf ausländischer Produkte innerhalb des britischen Marktes ständig zugenommen. Wenn wir auch noch hoffen, daß später die Ära des Freihandels sich in der ganzen Welt ausbreiten wird, so glauben wir doch, daß wir gegenwärtig den Markt für britische Güter nur durch gegenseitige Handelsübereinkunft zwischen den Völkern des britischen Imperiums sichern können. Eine Grundlage dieser Übereinkunft muß einmal der offene Markt für alle Produkte des Imperiums sein, andererseits Zollschranken für jeglichen Import aus allen anderen Ländern.“ Die Times nennt diese Resolution eine Revolution. Mr. Garvin vom Observer spricht vom Ende einer Epoche. Daß diese Umwälzung auf einige Zweige des deutschen Handels fast vernichtend wirken würde (man bedenke, nicht nur der Austausch der Güter mit England, sondern auch mit den Kolonien, Südamerika, Australien usw. würde so gut wie abgeschnitten), braucht wohl hier nicht näher ausgeführt zu werden. Es ist gewiß noch eine große Frage, ob selbst dann, wenn man innerhalb des europäischen Groß-Britanniens sich über diesen Schritt einig würde, die Dominions sich einverstanden erklären würden. Sie sind inzwischen recht selbstständig geworden. In der Tat liegt auch dem ganzen Plan nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Gedanke zu Grunde. Man will auf solche Weise das britische Imperium wieder fester als bisher zusammenknechten.

Die ungeheuren und noch nicht überschaubaren Folgen des Planes auf wirtschaftlichem Gebiete haben eine Parallele in seiner ungewissen Wirkung auf die internationalen Beziehungen, besonders auf den Völkerbund. Schon immer waren Lord B. und seine Leute mißtrauisch gegen den Völkerbund. Durch den Beitritt der Dominions zum Völkerbund könnte es schließlich so herauskommen, daß die Verbindung etwa von Australien, Ägypten u. a. mit Genuß zu einem starken Band würde als die Verbindung mit London. Die wirtschaftliche Einigung des Imperiums aber würde eine Stärkung des britischen Nationalismus bringen und das Zwangsläufig eine Gleichgültigkeit gegen den internationalen Völkerbund, welche zur Abkehr von ihm führen könnte. Liegt doch schon derselbe Prozeß bei den Vereinigten Staaten von Amerika vor. Nimmt man hinzu, daß auch Sowjetrußland eine Gruppe für sich stellt mit eigenen, sehr deutlich ausgesprochenen Zielen, so

bleibt von den ursprünglichen Hoffnungen auf internationale Verständigung, ja, auf einen Völkerfrieden, der durch den Völkerbund verwirklicht werden sollte, nicht mehr viel übrig.

Zunächst ist es jedenfalls von höchstem Interesse für uns, ob die nächste Wahl in England sich für das Empire Free Trade ausspricht oder nicht. In diesem Zusammenhang ist eine Bemerkung auch für uns außerordentlich interessant, die der englische Sozialist N. Angell über „Das Paradox der Demokratie“ macht. Bei der nächsten britischen Wahl wird es sich darum handeln, ob die Wähler für den neuen Gedanken Lord Beaverbrooks, den Empire Free Trade, eintreten wollen oder sich für die alte Wirtschaftspolitik Englands erklären. Aber wie soll sich der schlichte Wähler über solche Fragen Klarheit verschaffen? Er müßte nicht nur eine gründliche Kenntnis der Wirtschaftspolitik haben, sondern auch die ganzen politischen Auswirkungen einer veränderten Wirtschaftspolitik im Verhältnis zu den Dominions und dem Ausland überblicken. Eine ganze Reihe schwieriger statistischer und technischer Probleme werden also dem einzelnen Wähler zur Entscheidung vorgelegt. Norman Angell gebraucht folgendes humoristisch anmutende Gleichnis: Man stelle sich vor, daß medizinische Sachverständige sich nicht klar sind, ob sie in einem Fall von Krebskrankheit eine Operation vornehmen sollen oder nicht. Was würde man sagen, wenn sie die Schwierigkeit so lösen würden, daß sie den Nachtwächter, den Türschließer und den Milchjungen über die Frage abstimmen lassen? Hierin sieht der sozialistische Schreiber das Paradox, man könnte ebenso gut sagen, den Unsinns, der Demokratie. Es sei eine Verwirrung eingetreten, zwischen dem Recht, eine Entscheidung zu treffen, und den Mitteln, die rechte Entscheidung zu treffen. Es sei ja ganz klar, wie der vernünftige Laie, wenn er vor eine medizinische Frage gestellt würde, etwa die, ob er sich operieren lassen wolle oder nicht, zu handeln hätte. Er würde etwa fragen, wie groß ist die Sterblichkeit im Falle einer solchen Operation? Ist meine Konstitution stark genug, sie auszuhalten? Hat der betreffende Arzt vielleicht eine besondere Vorliebe für Operationen dieser Art? Gibt es eine medizinische Möglichkeit, in meinem Fall ohne Operation durchzukommen? Mit diesen Fragen würde er sich an einen Sachverständigen wenden und danach sein Urteil fällen. Gerade die Erkenntnis seiner eigenen Unwissenheit sei der erste Schritt, die Kenntnis da zu suchen, wo er sie allein finden könne, nämlich bei einem Sachverständigen. Auf die Wahl angewandt müßte also die Weisheit der Regierung darin bestehen, daß sie dem Wähler nicht Fragen vorlege, die nur der Sachverständige beantworten könne, sondern so, daß der Wähler durch das Vertrauen zu den Sachverständigen und durch die Aufklärung, welche er von ihm empfängt, zum rechten Urteil käme.

Durch dieses Gleichnis wird uns das Elend auch unserer kommenden Wahl deutlich genug vor Augen gestellt. Der Schluß, den man hier zu ziehen hätte, scheint einfach genug: Wählt Männer, denen ihr volles Vertrauen schenken könnt. Aber ist unser heutiges Wahlsystem so aufgebaut, daß die Beziehung des einzelnen Wählers zu dem Manne des Vertrauens möglich ist?

Sozialdemokratische Kampfmethoden.

Je näher der 14. September heranrückt, desto klarer werden nicht nur die einzelnen Parteiformierungen, sondern auch der Wahlkampf selbst hat eingesetzt mit all den Schattenheiten, die wir von früheren leidenschaftlichen Wahlkämpfen her kennen. Die Gegensätze haben in vielen Wahlversammlungen bereits dazu geführt, daß einmal Nationalsozialisten und Kommunisten auf einander losgehen und sich die Köpfe blutig schlagen, aber auch, daß Nationalsozialisten und Deutsche nationale die Versammlungen anderer rechtsstehender Parteien sprengen. In dieser Hinsicht werden wohl die nächsten Wochen uns noch viele Beispiele des politischen Tiefstandes unseres Volkes bringen, das nicht mehr gewohnt ist, rein sachlich vorhandene Gegensätze auch sachlich auszutragen. Die Mahnung Sindenburgs, die Meinung des Gegners zu achten, wird, so fürchten wir, auch bei dieser Wahl ungehört verhallen.

Wenn auch weniger blutrünstig, sind auch die Wahlaufträge der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften ein Spiegelbild der Unwahrhaftigkeit im bevorstehenden Wahlkampf. So hat zum Beispiel der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund einen Aufruf an die Arbeitermassen erlassen, in dem auf-

gefordert wird, nur die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu wählen. Früher behaupteten die Freien Gewerkschaften immer, politisch neutral zu sein. Auch heute noch empfiehlt man die Neutralität in solchen Gegenden, in denen das rote Tuch ernüchternd wirkt und die nichtsozialistische Arbeiterschaft veranlassen könnte, den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht beizutreten. Das hindert jedoch nicht, daß man jetzt vor der Wahl alle Rücksichten fallen läßt und in den Gewerkschaftsblättern offen für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten eintritt.

Der diesbezügliche Wahlauftrag selbst spricht von Anfang bis zu Ende ungefähr das Gegenteil von dem aus, was wahr ist. Wenn von einer Verleumdung der Arbeiterklasse gesprochen wird, ist schon in Nummer 187 des „Aufwärts“ unter der Überschrift „Zur Klärung der Lage“ gesagt worden, daß es seit 1918 durchweg die sozialdemokratischen Regierungen waren, die uns in dieses Elend hineinmanövriert haben. Wir wollen das Gesagte nicht wiederholen, aber erneut zum Ausdruck bringen, daß der sozialdemokratische Dilettantismus, den man auf allen Gebieten der Regierungskunst beobachtet konnte, es gewesen ist, der zur Verarmung unseres ganzen Volkes wesentlich beigetragen hat. Ferner heißt es in dem Aufruf:

„Löhne und Kaufkraft der breiten Masse werden gesenkt. Die Sozialversicherung wird verschlechtert. Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.“

Auch diese Sätze fordern Widerspruch heraus. Die Senkung der Löhne und Gehälter ist allerdings zur Zeit, nachdem unser ganzes Wirtschaftsleben auf den Hund gekommen ist, Gegenstand schwerwiegender Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden. Soweit dabei eine Uebervorteilung der Arbeitnehmer geplant ist, werden alle, die einen gewissen Gerechtigkeitsfönn sich bewahrt haben, zu denen gehören, die ein solches Vorgehen verurteilen. Wenn aber der Aufruf behauptet, daß unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung die Sozialversicherung verschlechtert und Kranke noch größerem Elend preisgegeben werden sollen, dann sei erstens daran erinnert, daß der erste Reichspräsident Friedrich Ebert in weniger dringlichen Situationen, auch während der Tagung des Reichstages ungefähr 200 Notverordnungen erlassen hat, wo es nicht unbedingt notwendig gewesen wäre, und zweitens sei gesagt, daß die Notverordnung zum Krankenkassengesetz mit Rücksicht auf die Unkenntnis weitester Kreise über den wirklichen Inhalt und den Zweck des geplanten Gesetzes im Wahlkampf von der Sozialdemokratie aufs gründlichste, aber in wahrheitswidrigster Weise ausgenutzt wird. Wenn die Sozialdemokratie vom Notopfer der Kranken usw. spricht, dann ist das nichts weiter als ein erneuter Beweis für die Demagogie, die dieser Partei eigen ist. Es muß demgegenüber einmal in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß die in der Notverordnung ausgesprochenen Einschränkungen der Barleistungen und Beteiligung der Erkrankten an den Kosten der Behandlung in erster Linie von dem geschäftsführenden Vorsitzenden des sozialdemokratischen Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, dem sehr prominenten Genossen Lehmann stammen. Dieser hat 1928 die Forderungen aufgestellt, die jetzt in wesentlich abgeschwächter Form verwirklicht werden. Diese radikalen Abbauvorschläge Lehmanns sind dann im Herbst 1929, aus taktischen Gründen etwas gemildert, vom Reichsarbeitsministerium den beteiligten Kreisen unterbreitet worden. Der verantwortliche Reichsarbeitsminister in jener Zeit war aber Herr Bissell, der ebenfalls eine Größe der sozialdemokratischen Partei darstellt. Es ist deshalb eine bewusste Unwahrheit, jetzt Steigwald vorzuwerfen, daß er, und mit ihm die hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteien sich die Vorlage sozusagen aus Bosheit und Niedertracht gegen die Versicherten ausgesonnen haben. In Wirklichkeit ist das, was die Notverordnung enthält, gedanklich und praktisch unter der Verantwortung der Herren Bissell und Lehmann vorbereitet worden. Es ist deshalb leicht, jetzt nach dem nicht sehr ruhmvollen Ende des Kabinetts Müller-Bissell sich in Oppositionsstellung zu begeben und nun einfach das Blaue vom Himmel herunterzureden. Die angeführten Tatsachen sind so unumwiderlegbar, daß sie durch alle Wahlaufträge der sozialdemokratischen Partei nicht aus der Welt geschafft werden können.

Der weitere Vorwurf, die Arbeiterschaft aus der Führung des Staates planmäßig auszuschalten, bricht in sich zusammen. Wenn man Arbeiterschaft und Sozialdemokratie als ein Ganzes betrachtet, hinkt die Behauptung

macht es sich zur Pflicht, für den „Aufwärts“ zu werben?

schon deswegen, weil die Sozialdemokraten, als sie mit ihrer Regierungskunst zu Ende waren, von selbst die Regierung verließen. Es würde aber falsch sein, in diesem Zusammenhang Arbeiterschaft und Sozialdemokratie zu identifizieren; denn erfreulicherweise ist die Sozialdemokratie noch nicht die Arbeiterschaft. Es gibt Millionen Arbeitnehmer, die von der Sozialdemokratie nichts wissen wollen. Es gibt aber auch keine hinter der Regierung stehenden Parteien, die dieser Arbeiterschaft die Mitwirkung im Staat verweigern würde. Wenn man die Sozialdemokratie zur Zeit davon ausschließt, dann geschieht das mit Rücksicht auf die schon oft besprochenen gemachten Erfahrungen der letzten Jahre, die eine sozialdemokratische Unfähigkeit zum Regieren ergeben haben. Man ist sich allgemein klar darüber geworden, daß es so nicht weiter gehen konnte.

Ein anderer Gesichtspunkt soll in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Wenn von der Verelendung der Massen die Rede ist, darf nicht unausgesprochen bleiben, daß von einer dünnen Schicht unseres Volkes abgesehen, alle Stände unter den Auswirkungen der Nachkriegszeit zu leiden haben. Die falsche Wirtschaftspolitik und die schwächliche Haltung gegenüber dem Ausland hat vereint dazu beigetragen, daß dieser Niedergang sich in so katastrophaler Weise entwickeln konnte. Ist aber, so fragen wir, auch daran nicht die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit schuldig, indem sie stets dem feindlichen Ausland den Rücken stärkte? Man denke doch daran zurück, daß auf internationalen Kongressen die deutschen Sozialdemokraten auch in der Vorkriegszeit stets für Abrüstung plädierten und diesbezügliche Anträge stellten. Die Sozialisten der anderen Länder machten dazu ein dummes Gesicht und — lehnten solche Anträge ab. Das ist ja das Besammernswerte, daß in nationaler Hinsicht die deutsche Sozialdemokratie sich so unvorteilhaft unterscheidet von der Haltung der Sozialisten in Frankreich und England. Darin liegt mit die tiefste Ursache unseres nationalen Unglücks, daß auch heute noch ein großer Teil der deutschen Arbeiter nach der internationalen Flöte tanzt, während französische Sozialisten den deutschen Arbeiter und seine Führer verhöhnen. Der französische Sozialistenführer Herriot hat einmal gesagt: „Es ist besser, die deutschen Arbeiter bezahlen als die französischen.“ Der Sozialist Leon Blum tritt dafür ein, daß deutsche Arbeiter dem französischen Militarismus frönen und hungern. Diese Stellungnahme aber wird dem deutschen Arbeiter vorenthalten. Er darf die Wahrheit nicht wissen, sondern muß weiter glauben an die völkerverbrüdernde Internationale. Es ist unser Unglück, daß ein Teil der deutschen Arbeiterschaft diese Dinge überflieht, sich aber hineinreißt in einen nie versöhnenden Haß gegen alles, was Kapitalismus heißt. Wenn es gelänge, diese unwahren Kampfmethoden der Sozialdemokraten unwirksam zu machen, wenn es möglich wäre, die Arbeitermassen zu überzeugen, daß nur von einer in sich starken Nation eine Besserung unserer Lage zu erwarten ist, dann würde die rote Internationale am 14. September eine gewaltige Niederlage erleiden.

Das Land der Bibel.

Von Prälat D. Groß,

Vorstand der Württ. Bibelanstalt, Stuttgart.

Ist es nicht der stille Wunsch so manchen Bibellesers, der sich mit Eifer in die Heilige Schrift vertieft, auch einmal das Land besuchen und mit eigenen Augen Stätten schauen zu dürfen, wo Jesus wandelte und die Frommen des Alten Bundes wohnten, wo die Geschichte des Volkes Israel sich abspielte und die Kirche Christi ihren Anfang nahm? Der Wunsch wird den meisten verjagt bleiben, obgleich heutzutage eine Reise nach Palästina keine sonderlichen Schwierigkeiten mehr macht, wenn das nötige Reisegeld vorhanden ist. Aber eben daran wird es den meisten unserer Bibelleser fehlen, und doch ist es keine Frage, daß in mancher Beziehung das Bibelverständnis davon Nutzen ziehen könnte, wenn der Leser in der Lage wäre, sich die Gegenden anschaulich zu vergegenwärtigen, von denen überall in der Bibel die Rede ist.

Diesem Bedürfnis wollten wir gerne zu Hilfe kommen und haben deshalb vor einigen Jahren einen auf dem Gebiete der Farbenphotographie bewährten Künstler nach dem Heiligen Land entsandt, um 64 Bilder von den wichtigsten Stätten biblischen Geschehens für unsere Bibelanstalt aufnehmen zu lassen. Der Künstler arbeitete unter persönlicher Anleitung des bekannten Palästinaforschers, Geheimrat Professor Dr. Dalman, der bei vielen Aufnahmen zugegen war und seine reiche Erfahrung in den Dienst unserer Sache stellte. Wir gedenken jetzt die Bilder in einer Taschenbibel zu veröffentlichen und sie außerdem in einer Sonderausgabe zusammenzustellen. In dieser hat Professor Dr. Volz-Tübingen jedes Bild mit einem feinsinnig ausgewählten Kernspruch aus der Bibel versehen und jedem eine kurze, treffende Beschreibung beigegeben. Auch die Taschenbibel enthält im Anhang die Beschreibung sämtlicher 64 Bilder.

Veranschaulicht die köstliche Rudolf Schärer-Bibel, die wir jedem evangelischen Hause wünschen möchten, den Inhalt so mancher Bibelstelle und bringt ihn dadurch dem sinnenden Gemüt näher, so hoffen wir, daß unsere Palästina-Bilder dem Bibelleser den Dienst tun dürfen, ihm eine deutlichere Vorstellung von dem Schauplatz der biblischen Geschichte zu vermitteln und ihm dadurch die erzählten Ereignisse greifbar näher zu rücken, wenn er nun nicht mehr nur auf seine Phantasie ange-

Durchführung der Westhilfe.

Auf Preußen entfallen rund 14 Mill. M. — Die Verwendung der Mittel.

— Berlin, 26. August.

Die Verhandlungen über die Verwendung der vom Reich bereitgestellten 20 Mill. M. für Zwecke einer Westhilfe sind, soweit Preußen in Betracht kommt, soeben zum Abschluß gebracht worden. An Reichsmitteln entfallen auf die preussischen Westgebiete 9 140 000 M.; der preussische Haushaltsplan sieht für 1930 weitere Mittel in Höhe von fünf Millionen M. vor, so daß damit insgesamt 14 140 000 M. für Preußen zur Verfügung stehen. Mit der Durchführung der Westhilfe ist bereits begonnen worden.

Zweck der Westhilfe ist die Wiederbelebung der durch die lange Besatzungszeit und durch die Folgen der Grenzziehung geschädigten Wirtschaftsgebiete. Der Einsatz der Mittel erfolgt in der Weise, daß der engere Grenzgebiet bevorzugt berücksichtigt wird; daneben soll insbesondere den Höhengebieten der Eifel, des Hunsrücks und des Westerwalds Hilfe gebracht werden.

Zur Förderung der Landwirtschaft sollen 2,1 Millionen Mark verwendet werden, insbesondere für Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Abgabebedingungen und zur Förderung der Nationalisierung, der Viehhaltung, des Obst- und Weinbaues sowie der Umstellung auf Grünlandwirtschaft und der Durchführung von Entwässerungen. 2,5 Millionen Mark sollen als Beihilfen zum Bau von Wasserleitungen in ländlichen Gegenden verausgabt werden. Zur Förderung des Handwerks, des gewerblichen Schulwesens, der fachlichen Fortbildung und der gewerblichen Genossenschaften sind Beihilfen in Höhe von 2 500 000 Mark bewilligt worden. Für Anlage von Straßen und Brücken gelangen rund 3 800 000 Mark zur Ausgestaltung. — Unter den Verkehrsmitteln, die gefördert werden, seien insbesondere erwähnt der Neubau der Koblenzer Moselbrücke, die rechtsrheinische Rheinfurterstraße im Regierungsbezirk Wiesbaden, die Nord-Südstraße und die Mittelmoselstraße im Eriker Bezirk. — Für Schulwesen wird ein Betrag von etwa 1 1/2 Millionen Mark gegeben, davon eine Million Mark für Volksschulbauten, vor allem in den notleidenden Gebirgsgegenden. Weitere Mittel sind für Erleichterung der Umwandlung der kurzfristigen Bäderkredite in Kommunalanleihen vorgesehen.

Abgesehen von der Förderung der Wirtschaft erhoffen die Behörden von der Durchführung der Westhilfe auch eine gewisse Vinderung der Arbeitslosigkeit, indem die Bauaufträge — die beschleunigt vergeben werden sollen — Arbeit und Verdienst schaffen. Die Einzelheiten über die Durchführung der Westhilfe werden von den Landräten und Oberbürgermeistern bekanntgegeben, an die auch Anfragen zu richten sind.

Die Zwischenfälle in Bunzlau.

Das Ergebnis der amtlichen Ermittlungen. — Ein Bericht des Regierungspräsidenten.

— Biegnitz, 26. August.

Die amtlichen Ermittlungen über die blutigen Zwischenfälle in Bunzlau, in deren Verlauf drei Personen erschossen und mehrere verletzt worden sind, sind zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Nach einem Bericht des Regierungspräsidenten in Biegnitz konnte die Polizei schon bei einer nationalsozialistischen Versammlung am 15. August nur mit Mühe den Versammlungssaal gegen die Kommunisten absperrten. Auf Grund dieser Erfahrungen seien dann bei der zweiten Versammlung der Nationalsozialisten 23 Polizeibeamte eingesetzt worden, die die Straßen zum Deonsaal absperrten, um einen geordneten Abmarsch zu gewährleisten. Auch bei der zweiten Versammlung habe sich nach und nach an der Postenkette eine größere Menge eingefunden, die eine bedrohliche Haltung einnahm. Der Bericht fährt dann fort:

wiesen ist, sich die Orte anschaulich zu vergegenwärtigen, sondern eine genaue Abbildung der Gegend vor sich hat, wo das Geschehen ist, was ihm erzählt wird. Besonders wertvoll dürfte dabei sein, daß die farbige Wiedergabe mit ihren feinen Abstufungen — eine hervorragende Leistung im Verfärbendruck — so recht geeignet ist, auch in die Stimmung hinein zu versetzen, die eine solche Landschaft, solch ein Städtebild in sich schließt. So können wir das Geschehen recht miterleben, das an solcher Stätte sich ereignet hat.

Es ist wohl außer allem Zweifel, daß, wer ein deutsches Bild von Palästina gewinnt, dadurch in seinem Bibelstudium wesentlich gefördert werden wird, und so hoffen wir, mit diesen Palästina-Bildern nicht nur im allgemeinen den Bibellesern Freude zu machen, sondern ihnen wirklich ein wertvolles Hilfsmittel für die Vertiefung in Gottes Wort zu geben. Und wenn bei so manchem Bild zugleich der Unterschied von einst und jetzt stark ins Bewußtsein tritt, so spüren wir etwas von dem heiligen Ernst des in der Geschichte waltenden Gottes, vom Wandel der Zeiten und vom Vergehen der irdischen Dinge und unser Blick richtet sich ahnend hinaus in die Zukunft, da alles, was war, erst in seiner tiefsten Bedeutung offenbar werden wird und Gottes letzte Ziele sich verwirklichen werden.

Die „Stuttgarter Palästina-Bilderbibel“, wie auch die Sonderausgabe „64 Bilder aus dem Heiligen Lande“ werden demnächst in allen evangelischen Buchhandlungen (oder direkt von der Privilegiert. Württ. Bibelanstalt Stuttgart) zu beziehen sein. Die Palästina-Bilderbibel in bequemem Taschenformat kostet in dauerhafter Leinwand, Rotschnitt Mk. 5,20, Goldschnitt Mk. 7,—, Leder, Rotschnitt Mk. 8,—, Goldschnitt Mk. 9,—, Saffian, Rotgoldschnitt Mk. 11,—. Die Sonderausgabe „64 Bilder aus dem Heiligen Lande“ wird in zwei Ausstattungen dargeboten: Farbiger Leinenband, Goldschnitt Mk. 5,50, seiner farbiger Saffianband, Rotgoldschnitt 12,50. Sowohl die Bibel, wie auch die Sonderausgabe der Bilder eignen sich ganz hervorragend für Geschenkzwecke bei jeder Gelegenheit, besonders aber als Geschenk zum Weihnachtsfest.

Die Industrie des Aberglaubens.

So etwas hat es wohl schon immer gegeben und die Erzeuger von Talismanen, Heilkräutern usw. sind so alt wie die Menschheit selbst. Aber früher geschah das noch

„Als schließlich aus der Menge, die auf etwa 1000 Personen angewachsen war, mit lauthallen Stimmen auf die Beamten geworfen wurde, trieben diese die Herandrängenden mit Gummiknüppeln zurück. Die Menge drängte langsam wieder vor und nahm von neuem eine bedrohliche Haltung an.“

Der Leiter der Polizei ließ mehrere Male laut und vernehmlich zum Zurückweichen auffordern und machte darauf aufmerksam, daß von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden müßte, wenn weiter mit Steinen geworfen würde.

Als ein Kriminalbeamter, begleitet von einem Polizeimeister, eine Festnahme vornehmen wollte, stieß ihm ein schwerer Stein gegen den Kopf, so daß er zusammenbrach. Der ihn begleitende Polizeimeister wurde von der Menschenmenge umringt. Seine Befreiung machte den anderen Beamten Schwierigkeiten, da sie mit einem Steinhagel überschüttet wurden. Als die Menge nunmehr drei Beamten umringte, und das Kommando verschiedener Anführer „Drauf auf die Ganten!“ erscholl, machten die drei Beamten in der Notwehr von der Schusswaffe Gebrauch. Nach einigen Schreckschüssen in die Luft schossen sie gegen die nunmehr endlich zurückweichende Menge, aus der alsbald wieder Steine gegen die Beamten geworfen wurden.

Erst als die Schutzpolizei Ablösung schickte und zu gleicher Zeit ein starker Regen einsetzte, zerstreute sich die Menge allmählich. Von den sechs Verletzten sind drei schwer verletzt, von den Beamten drei durch Steinschläge erheblich verwundet.

Die Poststelle in Tätigkeit.

Die Landstellen werden Anfang September eröffnet.

Die durch Erlass des Reichspräsidenten vom 14. August 1930 errichtete Poststelle hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsräume befinden sich vorläufig in Berlin W 9, Leipziger Platz 17.

Die Einrichtung der Landstellen in Königsberg, Danzig, Kassel, Schneidemühl, Breslau und Oppeln steht für Anfang September in Aussicht. Die Kommissare entscheiden in den Angelegenheiten der Umsiedlung, Betriebsführung und Zinserleichterung selbständig. Einzelanträge sind daher nicht an die Poststelle Berlin zu richten.

Arbeitsmarkt-Verschlechterung.

Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Feierschichten. — 1 915 000 Unterstützte.

Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit ist die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der ersten Hälfte des August gekennzeichnet durch eine geringe Entlastung der Arbeitslosenversicherung bei wachsender Zahl der Strikunterstützten. Während im letzten Berichtabschnitt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Versicherung bereits um rund 28 000 zugenommen hatte, hat sie jetzt einen Rückgang um rund 3000 auf 1 494 000 erfahren. Die Strikunterstützung hat jedoch um rund 17 000 Unterstützungsempfänger auf über 420 000 zugenommen.

Beide Einrichtungen zusammen haben eine Belastung von 1 915 000 Unterstützten erreicht. Die Arbeitslosenversicherung gegenüber dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahres beläuft sich auch weiterhin auf mehr als eine Million.

Der Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist vermutlich

immerhin im verschwiegene Kämmerlein um die Miternachtsstunde und in liebevoll individueller Handarbeit über unser Zeitalter, großzügig wie es ist, hat auch hier Wandel geschaffen. Jetzt gibt es eine richtige Industrie, die sich mit der Fabrikation okkultistischer Gegenstände beschäftigt und auch entsprechend Reklame treibt. So besteht in Hamburg eine Firma, die sich als „Erstes Speziallaboratorium zur Herstellung okkult-magischer Apparate auf astrologisch-wissenschaftlicher Grundlage“ bezeichnet. Sie liefert zum Beispiel „magische Blütentropfen“, die je nach ihrer Art eine entsprechende faszinierende Wirkung auf die Mitmenschen ausüben. Selbstverständlich darf auch das „Liebesparfüm“ nicht fehlen, das für Damen und Herren besonders hergestellt wird. Bei Bestellung dieser und ähnlicher Zaubersäfte muß man seinen Geburtstag angeben, denn „eines Schicksal sich nicht für alle“.

Auch die Uhrmacherkunst hat sich schon des Hinterlistigen bemächtigt. Kindige Uhrmacher haben „Planeten- und Tattwa-Uhren“ hergestellt, die den glücklichen Besitzer über die jeweiligen Erfolgsmöglichkeiten seiner Handlung unterrichten.

In Berlin schwimmen auch Juweliere munter im okkultistischen Strom. Sie verkaufen ihren Kunden „nach streng astrologischen Grundsätzen hergestellte und verarbeitete Edelsteine, Schmuckstücke, Talismane, Amulette“ und dergleichen. Interessant wäre es, wenn man einmal bei diesem Herstellungsverfahren „nach streng astrologischen Grundsätzen“ zugegen sein könnte. Aber das ist ja wohl Geschäftsgeheimnis der einzelnen Firma, das das Schnaufen nicht verträgt.

Unstreitig die mannigfaltigste Produktion aber hat ein Freiburger Verlag mit eigener Abteilung für okkultes Nützzeug. Er vertritt die an sich sehr gesunde Devise: „Jedermann sein eigener Heilseher“ und stellt nun, um das Monopol der bisherigen Heilseherkunst zu brechen, eine Pöte-Heilseherinktur her, die jeden Benutzer ungeahnte Blicke hinter die Kulissen tun läßt. Bald werden wir den schönsten Amateurheilseherbetrieb blühen sehen! Ähnlichen Zwecken dient das nach alten magischen Rezepten hergestellte „Jungfernerpergament“, sojann magische Pendel, Kristallkugeln und mediale Schreibapparate, mit deren Hilfe man mit den Toten verkehren kann. — Man sieht, die Dummheit nimmt nicht ab, trotz aller Volksbildung. Schade nur für das viele Geld, das hier auf dem okkulten Geistesaltar nutzlos geopfert wird!

im ganzen eine Arbeitslosen, der sind.

Die Zahl der Arbeitslosen ist 2 765 000 am 31. August, also um weitere Verschlechterung und Landesarbeitsamtslegungsanträge etwas geringeren Auswirkung des gramm der noch nicht zu erwa-

Stimm

könne

Wer sich ansonst zwingenden aufhält, kann seinen Stimm auf mündlichen beehrde des in das Wählerverden Grund zur haft machen lassen Stimme am W des Deutschen tags bis 5 Uhr nchein benötigt, in der die Wäh beantragen. Gel vor dem Wähler Stimmschein nicht

Abfch

Reichsauf des Staatsfere Wochen als deut ein Essen und Herr v. Schuber Stresemann und An der Feier und v. Bülow v. Goebb, die der Presseschef

Preu

Im Alter fische Justizm Dr. am Jchnh in den Preußi angehört. Der von 1899 bis tag seit dessen am Jchnhoff b nette bis zum amtsältesten M worden war. Schmidt.

Sehe best

Der Chef wohnte im W mit, er habe d 1. Dezember f einigen Zeitun raloberst Hehe Dienst scheiden lassen. Zu Ch Münsterlager e lassen des La Hehe zu Pferd

Polen-D

Ein neues K

Der poln Rüdrittsfchre Staatspräsid nach einer am die Bildung e

Winf

Näkt, er wünf die Mitgeder sein Kabinett im Kriegsmi Minister ohn Ferner in der es u. weggründe de mir, daß M für alles f für alles seth sthem wählen erleichtert. D Staatspräsid

In polit

substis grob daß der Mar antwortung mals aus de denden Schla

Rumänis

Bier bu tucala die G Unteroffizier übete einen Die Angreif über die Gr Mitwirkung

etwa 1000
den Steinen
n diese die
zurück. Die
nahm von
Male laut
ordern und
h u h w a f f e
weiter mit
von einem
wollte, flog
daß er zu-
weiser wurde
e Befreiung
iten, da sie
en. Als die
e, und das
auf auf die
uten in der
Nach ein-
ie gegen die
aus der als-
geworfen
schidte und
e, zerstreute
s Verlegten
n drei durch
keit.
er eröffnet.
enten vom
re Tätigkeit
en sich vor-
Königsberg
Dyppel nicht
Kommissare
Anschaffung,
selbständig.
stiftete Berlin
terung.
erfichteten. —
Bericht der
Arbeitslosig-
lage in der
durch eine ge-
ung bei nach-
end im letzten
stützungsemp-
rund 28 000
Rückgang um
Krisenunter-
stützungsemp-
en eine Be-
t. Die Heber-
gen Zeit des
uf mehr als
unterstützungs-
ist vermutlich
um die Mit-
r Handarbeit
hat auch hier
ge Industrie,
Gegenstände
reicht. So be-
ragt Spezial-
agischer Ap-
Grundlage
el „magische
t eine ent-
Mitmenschen
Liebesparfüm“
sonders herge-
licher Zaubers-
denn „eines
des Hinterfin-
„Planeten-
rücklichen Be-
keiten seiner
unter im ok-
Runden „nach
te und verar-
te, Amulette“
a man einmal
eng astrologi-
ber das ist ja
rma, das das
n aber hat ein
für okkultes
funde Devise:
tellt nun, um
t zu brechen,
Benüher un-
Bald werden
blühen sehen!
magischen Re-
fodann magi-
reibapparate,
hren kann. —
h aller Volks-
hier auf dem
d)

im ganzen eine Folge der Aussteuerungen von Arbeitslosen, deren Unterstützungsansprüche erschöpft sind.
Die Zahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitslosen ist gestiegen. Das Anwachsen von rund 2765 000 am 31. Juli auf rund 2845 000 am 15. August, also um etwa 80 000, ist ein Zeichen für eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Feierschichten und Kurzarbeit haben nach den Meldungen der Landesarbeitsämter weiter zugenommen. Auch Stilllegungsanträge sind wiederum vor, wenn auch in etwas geringerem Maße als im Juli. Eine sichtbare Auswirkung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung war in der Berichtszeit noch nicht zu erwarten.

Stimmschein für die Wahl können jetzt beantragt werden.

Wer sich am 14. September aus beruflichen oder sonst zwingenden Gründen außerhalb seines Wohnortes aufhält, kann sein Stimmrecht nur ausüben, wenn er einen Stimmchein besitzt. Den Stimmchein stellt auf mündlichen oder schriftlichen Antrag die Gemeindebehörde des Wohnortes aus, wenn der Antragsteller in das Wählerverzeichnis eingetragen ist und wenn er den Grund zur Ausstellung des Stimmcheins glaubhaft machen kann. Stimmcheininhaber können ihre Stimme am Wahltag in einem beliebigen Stimmbezirk des Deutschen Reichs in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags abgeben. Wer einen Stimmchein benötigt, soll ihn möglichst jetzt in dieser Woche, in der die Wählerverzeichnisse zur Einsicht ausliegen, beantragen. Geht der Antrag erst in den letzten Tagen vor dem Wahltag ein, so besteht die Gefahr, daß der Stimmchein nicht mehr rechtzeitig zugestellt werden kann.

Abschiedsfeier für Schubert. Im Auswärtigen Amt.

Reichsaussenminister Dr. Curtius gab zu Ehren des Staatssekretärs von Schubert, der in einigen Wochen als deutscher Botschafter nach Rom gehen wird, ein Essen und dankte für die hingebende Mitarbeit, die Herr v. Schubert dem verstorbenen Außenminister Dr. Stresemann und ihm selbst habe zuteil werden lassen. An der Feier nahmen u. a. die Staatssekretäre Rüder und v. Bülow, der deutsche Botschafter in Paris, v. Hoersch, die Direktoren des Auswärtigen Amtes und der Presseschef der Reichsregierung teil.

Dr. am Zehnhoß f.

Preußens ehemaliger Justizminister.

Im Alter von 75 Jahren starb der frühere preussische Justizminister Dr. am Zehnhoß. 1898 wurde Dr. am Zehnhoß als Zentrumsabgeordneter erstmals in den Preussischen Landtag gewählt, dem er bis 1908 angehörte. Dem Reichstag gehörte Dr. am Zehnhoß von 1899 bis 1918 an, dem neuen preussischen Landtag seit dessen Beisehen. Im März 1919 wurde Dr. am Zehnhoß preussischer Justizminister. Minister Dr. am Zehnhoß bekleidete dieses Amt im Wechsel der Kabinette bis zum 3. März 1927, so daß er damit zum amtsältesten Minister Preußens und Deutschlands geworden war. Sein Nachfolger wurde Minister Dr. Schmidt.

Hebe bestätigt seine Rücktrittsabsicht.

Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hebe, wohnte im Münsterlager Heubungen bei und teilte dabei mit, er habe den Reichspräsidenten gebeten, ihm zum 1. Dezember seinen Abschied zu bewilligen. Die von einigen Zeitungen verbreitete Meldung, nach der Generaloberst Hebe bereits am 1. November aus dem Dienst scheiden wolle, entspricht damit nicht den Tatsachen. Zu Ehren des Chefs der Heeresleitung fand im Münsterlager ein großer Zapfenstreich statt. Beim Verlassen des Lagers gaben die Offiziere Generaloberst Hebe zu Pferde das Geleit.

Polen-Regierung zurückgetreten.

Ein neues Kabinett Pilsudski wahrscheinlich. — Was plant der Marschall?

Der polnische Ministerpräsident Slawek hat das Rücktrittsschreiben seines Ministeriums überreicht. Der Staatspräsident hat die Demission angenommen und nach einer amtlichen Mitteilung Marschall Pilsudski um die Bildung einer neuen Regierung ersucht.

Pilsudski hat sich Bedenkzeit ausgedehnt und erklärt, er wünsche für den Fall der Regierungsübernahme die Mitglieder der soeben zurückgetretenen Regierung in sein Kabinett zu übernehmen. Zu bisherigen Leiter im Kriegsministerium, Oberstleutnant Bed, werde er als Minister ohne Portefeuille berufen.

Ferner läßt Pilsudski eine Mitteilung verbreiten, in der es u. a. heißt: „Ich verstehe vollkommen die Weggründe des Obersten Slawek, insbesondere gefällt es mir, daß Ministerpräsident Slawek nicht Mädchen für alles sein will. Ich selbst will auch nicht Mädchen für alles sein, und deshalb werde ich mir ein Arbeitsystem wählen, das mir die Arbeit als Ministerpräsident erleichtert. Die Einzelheiten werde ich später mit dem Staatspräsidenten besprechen.“

In politischen Kreisen legt man der Berufung Pilsudskis große Bedeutung bei. Man schließt daraus, daß der Marschall nun auch formell wieder die Verantwortung übernehmen will — die Macht hat er niemals aus den Händen gegeben — um einen entscheidenden Schlag gegen die Opposition vorzubereiten.

Rumänisch-bulgarischer Grenzzwischenfall

Vier bulgarische Banditen überschritten bei Turtucaia die Grenze und verwundeten einen rumänischen Unteroffizier durch Schüsse. Dieser erwiderte die Schüsse, tötete einen der Banditen und verletzte einen anderen. Die Angreifer flohen unter Zurücklassung des Toten über die Grenze zurück. Die Untersuchung ergab die Mitwirkung bulgarischer Grenzbehörden.

Spionageaffäre in Ungarn.

Selbstmordversuch des Majors Horvath. — Einer Spionin in die Hände gefallen.

Aus Ungarn wird ein Spionagefall berichtet, der an die Affäre des tschechischen Generalobersten Medl erinnert. Es handelt sich um einen Husarenmajor Horvath, der vor kurzem aus dem ungarischen Heeresministerium nach Szeged versetzt worden war. Dort soll er in seinen Amtsräumen häufig die Gemahlin eines rumänischen Kaufmannes empfangen haben, mit der er ein intimes Verhältnis vortäuschte. Man ermittelte aber bald, daß es sich um eine Spionin handelte. Die Rumänin soll wiederholt Aktenstücke abgeschrieben haben, die der Major auf seinem Schreibtisch „vergeßlich“ liegen gelassen hatte. Major Horvath soll mehrfach Geldbeträge von der Rumänin erhalten haben, zuletzt etwa 25 000 M. Daraufhin wurden beide verhaftet. Als der Major in eine Zelle des Militärgefängnisses übergeführt wurde, versuchte er sich mit Sublimat zu vergiften; schwerleidend wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Genossenschaftstongress in Wien.

Der Eröffnung wohnten 600 Delegierte aus etwa 40 Staaten bei.

In Wien wurde der 13. Internationale Genossenschaftstongress eröffnet. An der Eröffnungsfeier nahmen rund 600 Delegierte aus etwa 40 Ländern teil. Abgesehen von den europäischen Staaten waren auch die überseeischen Länder vertreten; ferner hatte auch Sowjetrußland eine Abordnung entsandt.

Präsident Tanner verwies auf die Schöpfung der Internationalen genossenschaftlichen Wirtschaft als Ziel der Bewegung. Schon lange habe die Gründung einer Internationalen Großverkaufsgenossenschaft lebhaftes Interesse erweckt. Dieses Ziel sei teilweise erreicht worden. Gleichzeitig nehmen auch die Pläne über eine Zusammenarbeit der genossenschaftlichen Banken und Versicherungsanstalten auf internationaler Basis immer festere Formen an. Der genossenschaftliche Zusammenschluß der Völker umfasse zurzeit 55 Millionen Familien oder mehr als 200 Millionen Personen.

Nach den Begrüßungsansprachen wurden technische Fragen der Tagung erledigt.

Perus Staatspräsident geflüchtet.

Ein Militärkabinett übernimmt die Führung.

Der Staatspräsident von Peru, Leguia, flüchtete nach seinem Rücktritt an Bord eines Kreuzers nach Panama. Die Regierung ist von einem Militärkabinett übernommen worden, das unter dem Vorsitz des bisherigen Kriegsministers, General Sarmiento, steht.

Weitere aus Peru eingegangene Berichte besagen, daß die vierte Armeedivision in Puno, die aus fünf Infanterie-Regimenten besteht, zu den Insurgenten überging, die nunmehr sechs Departements, nämlich Arequipa, Puno, Madre de Dios, Apurimac, Moquequi und Tacna beherrschen.

Schwere Kämpfe in Indien.

26 Tote getötet. — Auch ein englischer Offizier gefallen.

Zwischen britischen Truppen und einem indischen Stamm soll es, Meldungen aus Simla zufolge, zu schweren Kämpfen in der Gegend von Kurram gekommen sein, in deren Verlauf auf englischer Seite ein Offizier fiel und zehn Mann verletzt wurden. Die Verluste des Stammes betrugen: 26 Tote, 5 Verwundete und 70 Gefangene.

Das Exekutivkomitee des Allindischen Kongresses ist für die Provinz Delhi als ungesetzlich erklärt worden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. August 1930.

Reichswehrminister Groener vermählte sich nach vierjähriger Witwenzeit mit Frau Glueck; die Trauung fand in der alten Garnisonkirche statt. Die Traurede hielt Feldpropst Dr. Schlegel.

Der Präsident des japanischen Oberhauses, Fürst Tokugawa, ist zu einem kurzen Aufenthalt in der Reichshauptstadt eingetroffen.

Im Auswärtigen Amt wurden Ratifikationsurkunden zwischen Deutschland und Norwegen ausgetauscht. Es handelt sich um die Zollbehandlung der norwegischen Randsteine. Das Abkommen tritt am 8. September in Kraft.

Staatssekretär a. D. Dr. Lewald dankt für die ihm aus Anlaß des 70. Geburtstages zuteil gewordenen Ehrungen und weist bei dieser Gelegenheit auf die Förderung der Leibesübungen durch die Presse hin.

Rundschau im Auslande.

Der französische Marineminister sprach sich für die Neugestaltung der Häfen und Marinearsenale aus, um sie unter Benutzung aller Fortschritte den Bedürfnissen des Krieges anzupassen.

Pandit Nehru, mit Gandhi der eigentliche Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, leidet seit einiger Zeit an Fieber. Zwei Ärzte, die Nehru im Gefängnis untersuchten, erklärten, sein Befinden gebe Anlaß zur Besorgnis.

In Shanghai konnten 170 Spinnerinnen, die seit mehreren Monaten stilllagen, den Betrieb wieder aufnehmen.

Ein amerikanischer Beobachter beim Völkerbund?

Einer Meldung aus Washington zufolge ist der erste Botschaftssekretär der amerikanischen Botschaft in Paris, Brentis Gilbert zum Konsul in Genf ernannt worden. Diese Ernennung wird als Beweis dafür angesehen, daß Brentis Gilbert den Posten eines amerikanischen Beobachters beim Völkerbund versehen werde. — Bisher beileigten sich die Vereinigten Staaten an den Völkerbundsarbeiten überhaupt nicht.

Der Streit in Nordfrankreich geht weiter.

Paris, 26. August. Die Textil- und Metallarbeiter in Lille, Roubaix und Tourcoing haben die Vorschläge der Arbeitgeber als unzureichend abgelehnt und die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Briand hat es eilig.

Die Panuropa-Besprechungen sollen am 8. September beginnen.

Wie die Pariser Nachrichtenagentur Havas berichtet, hat die französische Regierung als Zeitpunkt für den Zusammentritt der europäischen Konferenz in Genf zwecks Beratung des Briand'schen Vorschlages über die föderative Gestaltung Europas den 8. September vorgeschlagen.

Letzte Meldungen.

Tumultszenen während einer Mahraun-Rede in Halle.

Halle, 26. August. Die Deutsche Staatspartei hatte für Montagabend eine Wahlversammlung einberufen, in der Arthur Mahraun sprach. Zu der Versammlung waren auch zahlreiche Anhänger der radikalen Parteien erschienen, die die Ausführungen des Redners durch lärmende Kundgebungen unterbrachen. Die Polizei mußte immer wieder eingreifen und die Hauptschreier aus dem Saal entfernen. Als nach der Rede Mahrauns der Vorsitzende die Versammlung ohne Aussprache schloß, ereigneten sich stürmische Tumultszenen. Stühle und zahllose Biergläser wurden gegen das Podium geschleudert. Drei Personen wurden verletzt.

„Graf Zeppelin“ wieder daheim.

Friedrichshafen, 26. August. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist von seiner Ostmarkfahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Die Landung ging glatt vonstatten. Auf der Heimfahrt berührte das Luftschiff auch die tschechische Hauptstadt Prag, über der es in 300 Meter Höhe kurze Zeit kreuzte. Während der Kreuzfahrt über Prag gaben tschechische Militärflugzeuge dem Luftriesen ein Stück das Geleit.

Französische Alpenmanöver.

Paris, 26. August. An der italienischen Grenze haben unter Leitung des Kommandierenden Generals des 15. Armeekorps Manöver stattgefunden, denen man in militärischen Kreisen große Bedeutung beimißt. Truppenverbände des 141. und des 94. Infanterie-Regiments hatten die Aufgabe, den Vallette-Paß anzugreifen, dessen strategische Beherrschung den Einbruch in das obere Val-Tal gestatten würde. Das Ergebnis der Manöver war die Abwehr dieses Schein-Angriffs.

Sensationeller Spionagefall in Ungarn.

Budapest, 26. August. Der vor einigen Tagen unter Spionageverdacht verhaftete ungarische Major Horvath hat einen Selbstmordversuch begangen. Es kann als feststehend gelten, daß Major Horvath wichtige militärische Dokumente mißbrauchen wollte. Die zuständigen Behörden haben jedoch seine Abtötung rechtzeitig vereitelt und gleichzeitig festgestellt, daß die schwere Verirrung des Majors nur sein erster Versuch gewesen ist.

Amerika heißt Gronau willkommen.

Washington, 26. August. Die Landung des deutschen Fliegers v. Gronau in Neuschottland rief bei der Washingtoner Regierung große Begeisterung hervor. Es herrscht ehrliebe Freude über den erfolgreichen Verlauf. Selbstverständlich wird angesichts dieser hervorragenden Leistung, die gerade wegen des Fehlens jeder Vorankündigung desto größeren Eindruck machte, die Regierung nicht auf den formellen Antrag auf Einflugverlaubnis bestehen, sondern die deutschen Flieger herzlich willkommen heißen und in jeder Weise unterstützen.

Bootsunglück auf dem Stettiner Haff.

Sieben junge Leute ertrunken.

Ein gekentertes Boot der Jungmarine wurde Montag früh von einem Fischer am Eingang der Kaiserfahrt im Stettiner Haff gefunden. An das Boot hatte sich der Jungmann Mehlke angeschlossen. Er berichtete, daß er mit sieben Mann der Fregateller Jungmarine am Sonntag im Boot von Uckermark aus in das Haff geflegt sei. Sie wurden unterwegs von einer Gewitterwolke überrascht, wobei das Boot kenterte und sämtliche acht Insassen ins Wasser fielen. Mehlke konnte sich allein an dem gekenterten Boot festhalten und trieb über zwölf Stunden lang im Wasser. Die übrigen sieben Insassen des Bootes, sechs junge Burken im Alter von 15 bis 18 Jahren, und der Führer des Segelbootes Stegermann, sind ertrunken.

Der Aufmarsch der Parteien.

Vorstandsitzung der Volkspartei. — Schiele und Dietrich vor den Wählern.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm in einer Sitzung im Reichstag ein Referat des Parteiführers, Reichsministers a. D. Scholz, entgegen. Dr. Scholz erklärte, die großen Reformen, die erforderlich seien, könnten heute nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie durchgeführt werden. Bei der Sammlung der Mitte dürfe das Bürgertum nicht einseitig nach rechts oder links optieren.

Nachdem dann noch Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort genommen hatte, beschloß der Parteivorstand den Wahlaufzug. Sinn der Wahl, so heißt es darin, sei die Schaffung einer bürgerlichen Mehrheit. Nächste Aufgaben seien: Revision der Friedens- und Tributverträge, Befreiung der Saar und Vereinigung der Ostgrenze, Bekämpfung der Schuldlage, Stärkung des Wohgedankens und Erhaltung der deutschen Kultur.

Die Deutsche Staatspartei veranstaltete in Berlin eine Kundgebung, bei der Reichsfinanzminister Dietrich, Abgeordneter Kemmer und der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, sprachen. In einer Parallelversammlung sprach u. a. auch noch Frau Dr. Bäumer. — In Magdeburg schloß Reichsernährungsminister Schiele in einer Landvolkversammlung seine Rede mit der Aufforderung: „Deran an die Verantwortung, heran an die harte Aufgabe, die vor uns liegt und die uns die Rettung bringen soll, den Wiederaufbau unseres Vaterlandes!“

